

NIEDERSCHRIFT

über die 23. Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XIV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **03.09.2009**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:52 Uhr
Der Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

- | | |
|--|-------------------------------------|
| 1. Frau Dr. Linde Becker | Vertretung für Herrn Markus Leßmann |
| 2. Frau Barbara Brand | |
| 3. Herr Karl-Heinz Ehms | |
| 4. Herr Hans-Josef Engels | |
| 5. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus-Erich Goder | ab 16:22 Uhr |
| 6. Frau Helga Hermanns | |
| 7. Frau Marlies Homuth-Kenkliès | |
| 8. Herr Thomas Kaumanns | bis 16:30 Uhr |
| 9. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose | |
| 10. Herr Bernd Ramakers | |
| 11. Herr Antonius Suppes | |
| 12. Herr Paul van Rennings | Vertretung für Frau Ursula Hüsçh |
| 13. Frau Maria Widdekind | |
| 14. Frau Birte Wienands | |

• SPD-Fraktion

- | | |
|-----------------------------|---|
| 15. Herr Horst Fischer | Vertretung für Herrn Stephan Ingenhoven |
| 16. Herr Bruno Hommes | Vertretung für Herrn Hans-Gregor Kremer |
| 17. Frau Gertrud Servos | |
| 18. Herr Rainer Thiel | |
| 19. Herr Achim van der Kemp | |
| 20. Frau Helga Weiss | |

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

21. Herr Manfred Haag

22. Herr Martin Kresse

• **FDP-Fraktion**

23. Herr Stephan Kees
24. Frau Dr. Jana Pavlik

Vertretung für Herrn Constantin Philipp Kletti

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

25. Frau Helga Pollack

• **beratende Mitglieder**

26. Herr Karl Boland
27. Herr Karl-Heinz Brandofsky
28. Herr Bernd Gellrich
29. Herr Norbert Kallen
30. Herr Dr. Josef Merten

ab 15:40 Uhr

• **Verwaltung**

31. Herr Dr. Michael Dörr
32. Frau Wendeline Gilles
33. Herr Siegfried Henkel
34. Herr Karsten Mankowsky
35. Herr Jürgen Steinmetz
36. Frau Christiane Weber
37. Frau Ulrike Weyerstraß

• **Schriftführer/in**

38. Herr Gerd Gallus
39. Herr Marcus Mertens

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) -Grundsicherung für Arbeitsuchende	4
2.1.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Vorlage: 50/096/2009.....	4
2.2.	Aktueller ARGE Report Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/097/2009.....	4
2.3.	Projekt "Energieberater" Vorlage: 50/098/2009	5
2.4.	Angemessene Kosten der Unterkunft / Vorlage: 50/099/2009	6
3.	"Neue Grippe" - aktueller Stand Vorlage: 53/076/2009	6
4.	Integration von Migranten - Aktivitäten der Verbände im Projektbereich / Auslobung eines Integrationspreises / Vorlage: 50/104/2009	7
5.	Förderung des ehrenamtlichen Engagements älterer Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/100/2009	8
6.	Gewährung eines institutionellen Zuschusses an die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Mönchengladbach e.V. (Globalzuschuss) Vorlage: 50/103/2009	8
7.	Mitteilungen	8
7.1.	Weiterbetrieb des Seniorenpflegeheimes St. Lioba in Neuss Vorlage: 50/910/2009.....	9
7.2.	Kommission Silberner Plan, Ergebnisse der Sitzung vom 25.06.2009 Vorlage: 50/105/2009.....	9
7.3.	Seniorenfitnessplätze Vorlage: 50/109/2009.....	9
7.4.	Studie Universitätskliniken Hamburg-Eppendorf über die Gesundheitsversorgung älterer Menschen - Pressemitteilung vom 08.07.2009 Vorlage: 50/106/2009.....	10
7.5.	Gesundheitswoche	11
7.6.	Krankenhauskeime - Projekt der Euregio	11
8.	Anfragen	11

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende

2.1. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II)

Vorlage: 50/096/2009

Protokoll:

Dezernent Steinmetz verwies auf die Vorlage. Die aktuellen Daten aus dem August 2009 deuten darauf hin, dass der Haushaltsansatz von 66,38 Mio. € voraussichtlich ausreicht.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Haag nach den Abweichungen von der Zielvereinbarung erläuterte Frau Gilles, dass alle drei Ziele – Senkung der passiven Leistungen, Integrationen und Bestand Langzeitarbeitslose – nicht nur erreicht, sondern übertroffen werden.

2.2. Aktueller ARGE Report Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/097/2009

Protokoll:

Frau Gilles ging ergänzend auf die Situation der unversorgten Bewerber um Ausbildungsstellen im SGB II und zur Situation der älteren Langzeitarbeitslosen ein.

Die Zahl der unversorgten Bewerber um Ausbildungsstellen aus dem Bereich SGB II lag am 25.08.2009 bei 91 Personen. 59 dieser Personen sind Altbewerber aus den vorherigen Ausbildungsjahren. Die Zahl reduziert sich täglich und wird bis zum 30.09.2009 wohl nur noch 20 unversorgte Bewerber zum Statistiktage betragen.

Seit der letzten Sitzung des Kreissozial- und Gesundheitsausschusses hat die ARGE Rhein-Kreis Neuss gemeinsam mit den ARGEen Wesel, Essen, Krefeld, Mönchengladbach und der Optionskommune Borken die Erweiterung des Bundesprojekts Perspektiven 50plus erfolgreich beantragt und kann so seit dem 01.07.2009 für diesen Perso-

nenkreis ein neues und innovatives Maßnahmebündel anbieten. Für das Jahr 2009 verfolgt die ARGE das ehrgeizige Ziel über dieses Projekt 150 ältere Arbeitslose auf den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der aktuelle ARGE Report für den Monat Juli 2009 mit gemeindeschaffen Auswertungen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

2.3. Projekt "Energieberater" Vorlage: 50/098/2009

Protokoll:

Dezernent Steinmetz teilte mit, die ARGE beabsichtige, sog. „Energieberater“ einzusetzen, um den Leistungsberechtigten zu helfen. Hierfür sollen von der ARGE ausgewählte Personen eine entsprechende Qualifikation erhalten. Sobald das Projekt angelaufen sei, werde hierüber im Ausschuss berichtet.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Boland ergänzte Frau Gilles, dass das Angebot nicht in Konkurrenz zu gewerblichen Anbietern stehe. Die Qualifikation umfasse im Wesentlichen Kommunikationstechniken. Ziel sei es, ein niederschwelliges Beratungsangebot auf Augenhöhe bereitzustellen.

Die Frage der Kreistagsabgeordneten Pollack nach dem Bedarf und den Integrationschancen auf dem 1. Arbeitsmarkt könne erst nach Abschluss der ersten Projektphase konkret beantwortet werden. In dieser ersten Phase wird unter Einbindung des Know-Hows und der Erfahrungen des bereits in Düsseldorf praktizierten Projekts der Umfang des im Rhein-Kreis Neuss bestehenden Beratungsbedarfs ermittelt. Erst danach werden die Zahl der Berater, die Qualifizierung und die Ausgestaltung des Projekts festgelegt. Das Qualifizierungsangebot könnte dabei vor allem für ältere Langzeitarbeitslose eine Möglichkeit bieten, neue berufliche Perspektiven zu eröffnen und die Chancen auf eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Kreistagsmitglied Haag fragte angesichts der Vorlaufzeit und möglichen Dauer der Maßnahme nach einer Umsetzung durch ein Entgeltmodell. Hierzu führte Frau Gilles aus, dass die Entscheidung über die Organisationsform und Finanzierung noch zu treffen sei.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Widdekind nach einem Austausch mit anderen ARGEn verwies Frau Gilles auf das bereits vorhandene Netzwerk, aus dem ein weiterer Austausch entwickelt werde, um von den verschiedenen Erfahrungen zu profitieren.

Zur Frage der Kreistagsabgeordneten Servos nach der Belastbarkeit der Qualifikation auch außerhalb des Projektes führte Frau Gilles aus, die Konzeption sei vom Bundesministerium erprobt, Erfahrungen müssten jedoch erst in der Umsetzung gesammelt werden. Der Erwerb von Schlüsselqualifikationen sei jedoch für die Betroffenen immer ein Gewinn.

2.4. Angemessene Kosten der Unterkunft / Vorlage: 50/099/2009

Protokoll:

Dezernent Steinmetz wies auf die Forderung der Rechtsprechung nach einem grundsicherungsrelevanten Mietspiegel als Grundlage für die Bemessung der angemessenen Kosten der Unterkunft hin. Die vorhandenen Mietspiegel können hierfür nicht herangezogen werden. Die Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels mit eigenem Personal sei teurer als bei Vergabe an einen Dritten, das Rechnungsprüfungsamt habe den Ansatz positiv bewertet.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel ergänzte Dezernent Steinmetz, dass besondere Erhebungen erforderlich seien, die nicht durch den Gutachterausschuss durchgeführt werden können und die Auswahl des Unternehmens in einer Ausschreibung erfolge.

SozGe/20090903/Ö2.4

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ermächtigt die Verwaltung, zur Erstellung eines für den Rhein-Kreis Neuss gültigen grundsicherungsrelevanten Mietspiegels ein Unternehmen zu beauftragen und hierfür ein Auswahlverfahren vorzunehmen.

3. "Neue Grippe" - aktueller Stand Vorlage: 53/076/2009

Protokoll:

Dezernent Mankowsky wies auf 232 Quarantänemaßnahmen im Rhein-Kreis Neuss und bundesweit 16.485 bestätigte Krankheitsfälle hin. Hauptansteckungsland sei nach wie vor Spanien.

Dr. Dörr erläuterte anhand des Vortrags (Anlage) die aktuelle Entwicklung. Die Zahlen seien jedoch aufgrund teurer Testverfahren, die nicht Gegenstand der Kassenleistung seien, aufgrund Veränderungen im Meldeverhalten der niedergelassenen Ärzte und auch aufgrund unterschiedlicher Meldestandards im internationalen Vergleich nicht verlässlich. Die Dunkelziffer sei erheblich. Da die Krankheit jedoch beherrschbar sei, sei dies nicht problematisch.

Die Impfstrategie habe sich verändert, so sei beabsichtigt, vorrangig Kinder und Jugendliche zu schützen.

Nur in Fällen mit gravierenden Beschwerden oder mit problematischem Krankheitsverlauf werde therapiert.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte für die Ausführungen, für einen Nicht-Fachmann sei es schwer, zu einer richtigen Einschätzung zu kommen. Die sachliche, ruhige, aber nicht verharmlosende Berichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit sei erfreulich.

Dezernent Mankowsky erläuterte, dass die weitere Entwicklung nicht absehbar sei. Die veröffentlichten Informationen seien für den Laien schwer zu verstehen. Nach den Sommerferien habe deshalb eine Informationsveranstaltung mit 150 Teilnehmern, vor allem mit Schulleitungen, stattgefunden. Für die Telefon-hotline sei das Gesundheitsamt durch die Rettungsdienste unterstützt worden. Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten sei gut.

Kreistagsabgeordnete Widdekind lobte die Arbeit des Gesundheitsamtes und bat, dies auch an die Mitarbeiter weiterzugeben.

Kreistagsabgeordnete Servos fragte nach möglichen Wechselwirkungen der Impfstoffe mit anderen Präparaten. Da Risikogruppen aufgefordert werden, sich impfen zu lassen, sei dies sicherlich kritisch zu betrachten.

Hierzu erläutere Dr. Dörr, dass es sich um einen Impfstoff handle, der nur bei einer Eiweiß-Allergie nicht zu empfehlen sei. In dem pandemischen Impfstoff sei nur ¼ der normalen Menge von Antikörpern enthalten, die in diesem Impfstoff enthaltenen weiteren Adjuvantien führen u. U. zu Nebenwirkungen, die Impfung sei jedoch unbedingt zu empfehlen.

Da die Auslieferung des Impfstoffes im Oktober erfolge, sei eine Impfung gegen die „normale“ Grippe jetzt zu empfehlen, um potenzielle Wechselwirkungen zu vermeiden. Kreistagsmitglied Thiel bat um Darstellung der Unterschiede zwischen der „normalen“ Grippe und dem neuen Virus.

Hierzu stellte Dr. Dörr klar, dass es keine grundlegenden Unterschiede zur saisonalen Grippe gebe. Es bestehe jedoch die Befürchtung, dass durch eine Vermischung des Genmaterials unvorhersehbare Entwicklungen eintreten können. Schwierig sei es, jetzt Entscheidungen für eine unklare Entwicklung zu treffen, deren Richtigkeit sich erst in wenigen Monaten erweisen könne. Es sei zu befürchten, dass die Inanspruchnahme der Impfangebote gering ausfallen werde.

Kreistagsabgeordnete Dr. Pavlik wies darauf hin, dass sich Patienten mit Verdacht auf eine Erkrankung mit dem neuen Virus nicht persönlich, sondern telefonisch in den Praxen melden sollten. Ein Hausbesuch sei leichter zu bewerkstelligen als eine mehrtägige Schließung der Praxis, auch sei die Anwesenheit eines Patienten mit Mundschutz im Wartezimmer für die übrigen Patienten alles andere als beruhigend.

4. Integration von Migranten - Aktivitäten der Verbände im Projektbereich / Auslobung eines Integrationspreises Vorlage: 50/104/2009

Protokoll:

Kreistagsmitglied Thiel signalisierte im Vorfeld der Abstimmung die Bereitschaft der SPD-Fraktion zur Zustimmung. Um der Sache gerecht zu werden, solle die Ausgestaltung des Wettbewerbs fraktionsübergreifend beraten werden.

Kreistagsmitglied Kresse hob die Bedeutung des Integrationspreises hervor. Die Verbände bringen hier besonderes Engagement nicht nur in der Beratung, sondern auch in der praktischen Arbeit ein, der Preis sei notwendig, auch um noch mögliche Ausweitungen dieses Engagements zu fördern.

SozGe/20090903/Ö4

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Rhein-Kreises Neuss nimmt den gemeinsamen Bericht des Arbeitskreises Integration der Wohlfahrtsverbände im Rhein-Kreis Neuss über die geleistete Projektarbeit zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung vorzubereiten und 10.000 Euro für den Haushalt 2010 bereitzustellen.

5. Förderung des ehrenamtlichen Engagements älterer Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 50/100/2009

Protokoll:

Dezernent Steinmetz wies darauf hin, dass im Haushalt insgesamt 15.000 Euro bereitgestellt seien, jedoch entfielen hiervon 5.000 Euro auf den Bereich Feuerschutz und Rettungswesen. Die Festlegung der Preise solle erst nach Vorlage der Beiträge erfolgen.

Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 16.09.2009 je ein Mitglied für die Jury zu benennen.

SozGe/20090903/Ö5

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Durchführung eines Wettbewerbes „alt für jung“ - Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Kreis Neuss - entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

Mittel in Höhe von 10.000 € stehen im Produkt 010.111.020 zur Verfügung.

6. Gewährung eines institutionellen Zuschusses an die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Mönchengladbach e.V. (Globalzuschuss)
Vorlage: 50/103/2009

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Servos gab zu Protokoll, dass sie an dem Beschluss nicht mitwirken werde.

SozGe/20090903/Ö6

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt dem Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Mönchengladbach e.V. einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 30.360,00 €.

Mittel stehen im Kreishaushalt beim Produkt 050 331 010 zur Verfügung.

7. Mitteilungen

7.1. Weiterbetrieb des Seniorenpflegeheimes St. Lioba in Neuss Vorlage: 50/910/2009

Protokoll:

Dezernent Steinmetz berichtete, dass die Auflösung des Pflegeheims St. Lioba geordnet verlaufe, der Träger sei zuversichtlich, bis Oktober 2009 alle Schritte abgeschlossen zu haben.

Kreistagsabgeordnete Servos fragte nach der finanziellen Mehrbelastung für die Heimbewohner.

Ausschussmitglied Kallen führt hierzu aus, dass die Problematik sich analog der Verfahrensweise beim Pflegeheim St. Aldegundis darstelle. Dass die Investitionskosten im Pflegeheim St. Lioba niedriger seien, als in anderen Heimen, werde – soweit erforderlich – über das Pflegegeld ausgeglichen.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Kresse nach dem Wahlrecht der Betroffenen erläuterte Ausschussmitglied Kallen, dass dieses respektiert werde, wie dies auch im Fall des Pflegeheims St. Aldegundis geschehen sei. Die Bewohner entscheiden je nach persönlicher Situation selbst, ob sie in der Nähe des Standorts Neuss verbleiben möchten, oder dem Pflegepersonal nach Rommerskirchen folgen.

Auf weitere Nachfrage von Kreistagsmitglied Haag ergänzte Ausschussmitglied Kallen, dass alle Bewohner bereits eine Entscheidung bezüglich des künftigen Heimortes getroffen haben. Im Falle von drei Bewohnern sei jedoch in dem gewünschten Heim aktuell noch kein Platz frei. Hier werde ggf. eine Zwischenlösung angeboten, sofern entsprechende Plätze nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Kreistagsmitglied Thiel fragte, ob auch Heimplätze anderer Anbieter berücksichtigt würden. Dies wurde von Ausschussmitglied Kallen ausdrücklich bestätigt.

Dezernent Steinmetz wies darauf hin, dass bei der Heimaufsicht weder Anfragen noch Beschwerden im Zusammenhang mit der Schließung vorlägen.

Kreistagsmitglied Ramakers bestätigte dies. Am vergangenen Wochenende habe der Schützenzug, der traditionell immer dem Heim besonders verbunden war, den Eindruck gewonnen, dass der Umzug sehr geordnet verlaufe und sicherlich für manchen Heimbewohner auch eine Verbesserung der räumlichen Situation darstelle.

7.2. Kommission Silberner Plan, Ergebnisse der Sitzung vom 25.06.2009 Vorlage: 50/105/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies auf das Protokoll der Kommission Silberner Plan hin. Es zeige sich, dass manche schöne Idee nicht so schnell umzusetzen sei, etwa weil entsprechende Investoren oder Grundstücke fehlten.

7.3. Seniorenfitnessplätze Vorlage: 50/109/2009

Protokoll:

Dezernent Steinmetz teilte mit, am 24.08.2009 habe der Spatenstich im Pflegeheim St.

Maria Frieden in Jüchen stattgefunden. Die Kosten von rund 25.000 Euro wurden zu einem Anteil von 20.000 Euro von der Gemeinde Jüchen getragen. Auf Betreiben des Landrates seien seitens der Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbandes weitere rund 4.500 Euro bereitgestellt worden, die der Rhein-Kreis Neuss für das Projekt zur Verfügung stellt. Das Jugendamt sei eingebunden. Es sei zu hoffen, dass dieses Beispiel Schule mache.

7.4. Studie Universitätskliniken Hamburg-Eppendorf über die Gesundheitsversorgung älterer Menschen - Pressemitteilung vom 08.07.2009 Vorlage: 50/106/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies auf einen entsprechenden Pressebericht hin. Die Versorgung im Rhein-Kreis Neuss bewege sich auf hohem Niveau, nicht zuletzt aufgrund der aktiven Heimaufsicht. Die Studie einer Universität habe jedoch eine besondere Qualität. Die Studie selbst liege noch nicht vor, sobald diese verfügbar sei, solle das Thema im Sozial- und Gesundheitsausschuss erörtert werden.

Zur Vorbereitung hat bereits ein Gespräch zwischen Caritasverband, Diakonie, den Leitungen von Lindenhof und Seniorenhaus Korschenbroich stattgefunden. Das Thema wird in der Pflegekonferenz erörtert.

Dezernent Mankowsky wies auf die Projekte des Kreises, u. a. zur Sturzprävention hin. Kreistagsmitglied Kresse nahm das Thema dankbar auf, man könne sich nicht auf den Ergebnissen der Heimaufsicht ausruhen, der häusliche Bereich sei ebenfalls zu betrachten.

Kreistagsabgeordnete Widdekind hob positiv hervor, dass diese Themen bereits ohne Anregung von außen angegangen worden seien. In der Zusammenarbeit mit Ärzten, Krankenhäusern und Heimen sei man auf einem guten Weg, hierbei sei auch vieles bereits in die Tat umgesetzt worden.

Dr. Pavlik entgegnete, sie sei sicher, dass niemand ohne ärztliche Versorgung sei, jedoch sei die pflegerische Versorgung womöglich ein Problem, insbesondere ein Personalproblem. Das vorhandene Pflegepersonal sei zwar gut ausgebildet, jedoch sicherlich zu wenig.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel, ob der Handlungsbedarf bekannt sei, erläuterte Ausschussvorsitzender Dr. Klose nochmals, dass die Studie derzeit noch nicht vorliege. Dezernent Steinmetz ergänzte, man werde in den Bemühungen um das Thema nicht nachlassen, und auch die Wirtschaft und Schulen einbeziehen. Ferner seien Qualifizierungsmaßnahmen durch die ARGE möglich.

Kreistagsabgeordnete Dr. Pavlik sah das Problem in den Stellenschlüssel, die von den Pflegestufen der Heimbewohner abhängig seien.

Kreistagsabgeordnete Servos lenkte das Augenmerk nochmals auf die Versorgung außerhalb der Heime. So sei die Versorgung in Akutkrankenhäusern zu betrachten, es gebe kein speziell ausgebildetes Personal für die Dekubitusversorgung.

Ausschussmitglied Kalen ging davon aus, dass auch in den nächsten Jahren Fachkräfte gewonnen werden müssen. Die hohe Arbeitslosigkeit führe zu einem höheren Interesse auch an Pflegeberufen. Die Belastbarkeit älterer Pflegekräfte sei eingeschränkt. Es sei leicht, Personal zu fordern, jedoch seien die Pflegesätze in Nordrhein-Westfalen bereits jetzt sehr hoch, durch mehr Personal werden diese Kosten noch weiter steigen. Dabei seien derzeit mit weniger Personal mehr Menschen zu pflegen, was sich aus statistischen Langzeitvergleichen belegen lasse.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fragte nach dem Ausbildungsverhalten der verschiedenen Heimträger.

Ausschussmitglied Kallen ging davon aus, dass alle Heimträger entsprechende Kräfte ausbilden, allerdings seien die Heime der Wohlfahrtsverbände und der öffentlichen Hand oftmals größer und hätten daher möglicherweise eine höhere Anzahl an Auszubildenden als die kleineren privat geführten Heime.

Auf den Hinweis der Kreistagsabgeordneten Pollack auf wesentlich günstigere Preisgestaltungen der Pflege in den Niederlanden erläuterte Ausschussmitglied Kallen, dass dort womöglich ein völlig anderes System zu anderen Finanzierungsmodellen führe. Die Pflegeversicherung sei anders konzipiert und der Umfang der staatlichen Leistungen sei ihm nicht bekannt. Weitere Faktoren, wie etwa die Fachkraftquote seien auch entscheidend für die Kostensituation. Auch sei eine Versorgung wie im ambulanten Bereich nach dem Modell einer Wohngruppe denkbar. Aber auch innerhalb der Bundesrepublik seien die Pflegesätze sehr unterschiedlich.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose schloss das Thema mit dem Hinweis auf einen erneuten Aufruf zur Tagesordnung ab, wenn die Studie vorliege.

7.5. Gesundheitswoche

Protokoll:

Dezernent Mankowsky wies auf die Tischvorlage zur bevorstehenden Gesundheitswoche hin.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Haag erläuterte Dr. Dörr, dass die Veranstaltung um 11:00 Uhr beginnt und am Montag um 18:00 Uhr, Mittwoch um 19:00 Uhr und Freitag um 20:00 Uhr endet, sodass es auch berufstätigen Interessierten gelingen dürfte, hieran teilzunehmen.

7.6. Krankenhauskeime - Projekt der Euregio

Protokoll:

Dezernent Mankowsky wies auf ein Projekt der Euregio zum Thema „Krankenhauskeime“ hin. Dr. Dörr nehme hierzu am 04.09.2009 an einer Veranstaltung in Münster teil.

8. Anfragen

Protokoll:

psychosozialer Krisendienst

Es liegt eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft der Träger der freien Wohlfahrtspflege zum psychosozialen Krisendienst vor.

Dezernent Mankowsky erläuterte, dass die diesbezügliche Umsetzung von der Zustim-

mung entsprechender Geldgeber, hier dem Landschaftsverband Rheinland (LVR), abhängige. In der Steuergruppe Sucht und Psychiatrie werde das Thema behandelt. Der LVR habe die Bereitschaft zur Mitfinanzierung in Höhe von 60.000 Euro signalisiert. Zunächst wolle er jedoch eine Analyse der Versorgung im Rheinland durchführen. Die Umsetzung sei in vier Varianten denkbar

1. in Form einer Vereinslösung
2. durch den Rhein-Kreis Neuss unmittelbar
3. durch Anbindung an ein bestehendes Sozialpsychiatrisches Zentrum
4. mittels externer Ausschreibung.

Entscheidend sei jedoch die Position des LVR. Eine Co-Finanzierung, etwa durch eine Stiftung wie „Aktion Mensch“ oder die Stiftung freie Wohlfahrtspflege sei denkbar. Die Verwaltung werde über den Fortgang berichten.

Kreistagsmitglied Kresse berichtete aus dem Sozialausschuss des LVR in der vergangenen Woche. Hier sei ein erheblicher Bedarf bei den Trägern gesehen worden. Der Rhein-Kreis Neuss sei in der Vorlage lobend erwähnt worden.

„Düssel-Pass“ auch für den Rhein-Kreis Neuss

Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreisausschuss wurde an den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen. Das Thema wurde in die nächste Sitzung vertagt. Dezernent Steinmetz wies auf die in den Geschäftsstellen der ARGE bereits jetzt beworbene Familienkarte des Rhein-Kreises Neuss hin.

Abschließend dankte Ausschussvorsitzender Dr. Klose dem Ausschuss für die sachliche und themenorientierte Arbeit.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose um 16:52 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Gerd Gallus
Schriftführer